

Polizisten besser gegen Rechtsextremismus immunisieren

Elf Monate nach dem Bekanntwerden der rechtsextremen Chats von Essener Polizisten hat die von Innenminister Herbert Reul eingesetzte Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Bei den Untersuchungen in den eigenen Reihen, bei denen zeitweise fast 200 Beamte eingesetzt gewesen waren, waren die Ermittler auf etliche gewaltverherrlichende, rassistische Bilder gestoßen, die über mehrere Chat-Gruppen von Polizisten verbreitet worden sind. Das Material sei Hardcore, in der rechtsextremistischen Szene würde nicht viel Schlimmeres kursieren, sagte der Leiter der Stabsstelle Uwe Reichel-Offermann Anfang September bei der Vorstellung des Berichts. Hinweise auf ein rechtsextremistisches Netzwerk oder eine Unterwanderung der Polizei durch Rechtsextremisten haben die Ermittler allerdings nicht gefunden. Von den 186 eingeleiteten Strafverfahren seien zudem 50 bereits eingestellt – 49 davon wegen erwiesener Unschuld oder nur geringer Vergehen.

Für die GdP ist das trotzdem kein Signal der Entspannung. Denn zum einen stehen die Verfahren gegen die Hauptbeschuldigten noch aus, und zum anderen ist alleine die Tatsache, dass sich Beschäftigte der Polizei, die jeden Tag unsere Verfassung verteidigen, an der Verbreitung rechtsradikaler Bilder beteiligt haben, unerträglich. Vor allem stellt sich die Frage, wie sich solche Vorfälle in Zukunft verhindern lassen. Und wie die Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag mit den Schattenseiten unserer Gesellschaft konfrontiert und dabei häufig massi-

ven Anfeindungen ausgesetzt sind, besser gegen eine menschenverachtende, frauen- und ausländerfeindliche Ideologie resistent werden können.

In ihrem Abschlussbericht hat die Stabsstelle Rechtsextremismus dazu 18 konkrete Handlungsempfehlungen gemacht. Sie reichen von einem noch sorgfältigeren Auswahlverfahren für den Polizeinachwuchs über neue Anforderungen an die Aus- und Fortbildung bis zum Führungsverhalten. Ziel der Maßnahmen ist es, die demokratischen Abwehrkräfte innerhalb der Polizei zu stärken.

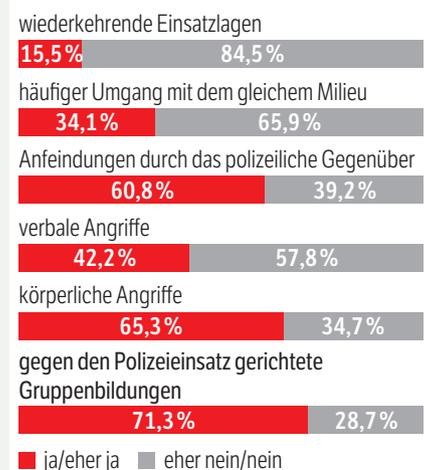
Handlungsempfehlungen der Stabsstelle

Sechs der achtzehn Empfehlungen betreffen das Auswahlverfahren bei der Polizei und die Ausbildung der Kommissaranwärterinnen und -anwärter. In NRW gibt es bereits heute ein differenziertes, in sich gestuftes Auswahlverfahren, bei dem auch die charakterliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber in den Blick genommen wird. Die Stabsstelle

Gruppenbildung gegen die Polizei besonders belastend

Neben körperlichen Angriffe empfinden viele Polizistinnen und Polizisten vor allem die in schwierigen Einsatzsituationen immer wieder zu beobachtende gegen sie gerichteten Gruppenbildungen als Belastung.

Sind die folgenden Situationen in ihrem Polizeialltag eine Belastung?



Quelle: Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW, Befragung von Polizisten durch das Pilotvorhaben Alltagsreflektion



Rechtsextremismus empfiehlt, diesem Aspekt noch mehr Bedeutung zukommen zu lassen. So sollen etwa bei Zweifelsfällen in Zukunft auch öffentlich zugängliche Äußerungen von Bewerbern in den sozialen Netzwerken berücksichtigt werden. Während der Ausbildung soll zudem die Medienkompetenz der angehenden Polizisten gestärkt werden und den Fächern Ethik, Soziologie, Politik und Psychologie ein größerer Stellenwert zukommen.

In fünf weiteren Handlungsempfehlungen geht es um die Frage, wie verhindert werden kann, dass der oft belastende Berufsalltag die Problemwahrnehmung von Polizisten negativ verändert, insbesondere mit Blick auf soziale Randgruppen. Dieser Aspekt ist aus Sicht der GdP besonders wichtig. Sie hatte in den vergangenen Monaten immer wieder darauf hin-

gewiesen, dass sich der Großteil der Polizisten als Verteidiger der Demokratie und ihrer Freiheitsrechte sieht und sich schon deshalb entschieden von jeder Form von fremdenfeindlichen, menschenverachtenden Positionen distanziert. Trotzdem verändert der Polizeialltag die Menschen. Deshalb hatte sich die GdP früh dafür stark gemacht, dass vor allem diejenigen, die in einem schwierigen Arbeitsumfeld eingesetzt und ständig Anfeindungen durch das polizeiliche Gegenüber ausgesetzt sind, besser unterstützt werden.

Die Vorschläge, die die Stabsstelle dazu entwickelt hat, reichen von einem Ausbau der Fortbildung im Bereich Politik und Gesellschaft über den Aufbau eines flächendeckenden Angebots zur Supervision in den Dienststellen vor Ort bis zur stärkeren Vernet-

zung der Polizeiwachen und Kommissariate mit den sozialen Akteuren in ihrem Einzugsgebiet.

Die übrigen sieben Empfehlungen betreffen das Führungsverhalten. Die aus dem Grundgesetz abgeleitete Werteorientierung der Polizei soll zu einem Werte- und Verhaltenskodex weiterentwickelt und ihre Einhaltung einem permanenten Controlling unterzogen werden. Hierfür sind u. a. eigene Qualifizierungsmaßnahmen für die Führungskräfte des gehobenen Dienstes geplant. Mit Blick auf die Verweildauer von Polizisten in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen schlägt die Stabsstelle vor, dass die Leiterinnen und Leiter von Dienstgruppen ihre Aufgaben in Zukunft mindestens drei Jahre lang wahrnehmen. ■



Handlungsempfehlungen ernst nehmen

Es gibt bei der Polizei in NRW kein rechtsextremes Netzwerk. Das ist erst einmal eine gute Botschaft, die der Sonderbeauftragte für die Aufarbeitung rechtsextremistischer Tendenzen in der Polizei, Uwe Reichel-Offermann, in seinem Abschlussbericht noch einmal betont hat. Trotzdem ist der Sonderbeauftragte bei den Ermittlungen in den eigenen Reihen auf vieles gestoßen, was nie hätte passieren dürfen. Dass menschenverachtende, fremdenfeindliche und erst recht rassistische Äußerungen in der Polizei nichts zu suchen haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass trotzdem in mehreren Chatgruppen von Beschäftigten rechtsradikale Hetzbilder verbreitet worden sind, ohne dass einer der Empfänger sich dagegen zu Wehr gesetzt hat, macht beschämend.

Dass es dazu kommen konnte, hat aber nicht nur etwas mit dem Versagen einzelner zu tun. Die Polizei tut zu wenig, um die demokratische Haltung ihrer Beschäftigten immer wieder zu festigen und zu fördern. Und um sie gegen rechtsextreme Parolen zu immunisieren. Nicht einmal dann, wenn die Polizistinnen und Polizisten in einem schwierigen Arbeitsumfeld eingesetzt und immer wieder massiven Anfeindungen von außen ausgesetzt sind.

Um zu verhindern, dass es von Beschäftigten der Polizei erneut zu rechtsextremen Äußerungen kommt, hat die Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei 18 konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt. Sie müssen jetzt zeitnah umgesetzt werden. Das wäre ein wichtiges Signal. Nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber den Beschäftigten bei der Polizei, die jeden Tag für unsere Demokratie eintreten.

Michael Mertens
Landesvorsitzender der GdP

GdP fordert Amtszulage für A 13

Ob in großen Wachen, Kommissariaten oder im Führungs- und Lagedienst: In zahlreichen Dienststellen nehmen Beamte Verantwortung wahr, ohne dafür eine finanzielle Anerkennung zu erhalten. Eine absurde Situation. Die GdP fordert deshalb die Einführung einer Amtszulage für alle Polizistinnen und Polizisten der Besoldungsgruppe A 13, die eine Vorgesetztenfunktion gegenüber anderen Beamten der gleichen Besoldungsgruppe ausüben

Die Bundespolizei hat es vorgemacht: Dort gibt es bereits seit Anfang 2020 eine Besoldungsgruppe A 13z, in die bis zu einem Fünftel der Beamten aus A 13 aufsteigen können. Die Zulage beträgt dort rund 320 Euro pro Monat. Überträgt man die Kriterien auf NRW, stünde die Zulage etwa 350 Beamtinnen und Beamten zu.

„Die Einführung einer Besoldungsgruppe A 13z kann aber nur ein erster Schritt sein, auch in anderen Besoldungsgruppen für mehr Gerechtigkeit zu sorgen“,

sagt GdP-Landesvorstandsmitglied Patrick Schlüter. Auch dort gebe es Ungerechtigkeiten. Überfällig ist aus Sicht der GdP zudem, dass alle anderen Zulagen, die Polizistinnen und Polizisten wegen ihrer besonderen Belastungen wie z. B. Nacht- und Wochenenddienst erhalten, endlich an die Preisentwicklung der vergangenen Jahrzehnte angepasst werden. Die Inflationsrate lag im Juli bei 3,8 Prozent – so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die Amtszulage aber verharrt seit nunmehr fast 20 Jahren bei 130 Euro. Die GdP fordert, dass sie verdoppelt wird. ■



Mehr Infos zur Tarifrunde:
gdp-nrw.de



Tarifrunde: Aktive Mittagspause und Demonstration sollen Druck auf die Landesregierung erhöhen

Am 8. Oktober beginnen in Potsdam die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Dann geht es nicht nur um die Einkommen der 1,1 Millionen Tarifbeschäftigten der Länder, sondern auch um die Besoldung der Beamtinnen und Beamten und die Altersbezüge der Versorgungsempfänger. Alleine in NRW sind vom Ergebnis neben den 8300 Tarifbeschäftigten der Polizei 48 000 Polizistinnen und Polizisten sowie Verwaltungsbeamte der Polizei betroffen. Damit ihre Einkommen nicht von der Entwicklung in anderen Branchen abgekoppelt werden, fordert die GdP zusammen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Bildungsgewerkschaft GEW und der IG Bauen-Agrar-Umfeld 5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 150 Euro im Monat.

Auch wenn die Landesregierung bei den Tarifverhandlungen in Potsdam nicht unmittelbar mit am Tisch sitzt, hat NRW als größtes Bundesland entscheidenden Einfluss darauf, mit welchem Angebot die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder (TDL) auf die Gewerkschaften zugehen wird. Für die

GdP sind Ministerpräsident Armin Laschet und sein Finanzminister Lutz Lienenkämper, beide CDU, deshalb bei den Tarifverhandlungen von vornherein in der Pflicht.

Die GdP bereitet schon jetzt zahlreiche Aktionen vor, mit der sie parallel zu den in Potsdam laufenden Tarifverhandlungen

den Druck auf die Landesregierung erhöhen will. Denn ohne öffentlichen Druck bewegt sich in Potsdam nichts. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Beschäftigte an den Aktionen der GdP beteiligen. Tarifbeschäftigte und Polizistinnen und Polizisten. Aber auch die Verwaltungsbeamten der Polizei.

Geplant sind unter anderem Aktive Mittagspausen in den Behörden vor Ort und eine Großdemonstration in Düsseldorf. Unter dem Motto „Geht's noch!? Faire Einkommen für alle!“ werden die Beschäftigten der Polizei den öffentlichen Arbeitgebern zeigen, was sie von der Abkopplung der Einkommen im öffentlichen Dienst von anderen Branchen halten. „Bei vielen ist schon jetzt der Akku vollkommen leer. Machen die Arbeitgeber ihre Ankündigung wahr, nur dann ein Tarifangebot auf den Tisch zu legen, wenn sich die Gewerkschaften vorher bereit erklären, eine schlechtere Eingruppierung der Beschäftigten in Kauf zu nehmen, läuft das Fass über“, fasst GdP-Tarifexpertin Jutta Jakobs die Stimmungslage unter den Beschäftigten zusammen. „Unter den Bedingungen werden wir in Zukunft keine jungen Leute mehr für den öffentlichen Dienst gewinnen. Experten, auf deren Fachwissen wir dringend angewiesen sind, werden abwandern“, warnt sie. Selbst Arbeitsniederlegungen bei der Polizei schließt die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende nicht aus. ■

Erstmals der stattfindenden Tarifforsums der GdP wegen der immer noch nicht beendeten Corona-Pandemie am 2. September nicht in Präsenz-Form, sondern online getroffen. Schwerpunkt des gut vierstündigen, intensiven Informationsaustauschs waren die Vorbereitungen auf die Anfang Oktober beginnenden Tarifverhandlungen. Mit dabei war auch René Klemmer, der für den GdP-Bundesvorstand bei den Verhandlungen in Potsdam unmittelbar mit am Tisch sitzt.

Außerdem haben die Tarifvertreter vorgeschlagen, dass die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs auch in den kommenden vier Jahren als Vertreterin der Tarifbeschäftigten dem Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP (GVS) angehören soll. Gewählt wird der neue GVS auf dem Landesdelegiertentag im Mai kommenden Jahres.





360 Grad. Rundum für dich da

Dick bepackt verlässt Kommissaranwärterin Christina den GdP-Stand. Das Starterpaket mit dem dicken Polizei-Fachhandbuch wiegt schwer - sorgt aber dafür, dass der Einstieg ins Berufsleben leicht fällt. Warum sie gerade in die GdP eingetreten ist? „Weil das eine große Gemeinschaft ist“, sagt die erst 17-Jährige. Und Gemeinschaft macht stark.

Herzlich willkommen bei der Polizei – und bei der GdP: 2660 Kommissar- sowie 100 Regierungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter sind zum 1. September bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen gestartet. Landauf, landab werben die Kreisgruppen gerade in den ersten Wochen sehr intensiv und erfolgreich Neumitglieder.

Am Stand der Kreisgruppe Düsseldorf an der Hochschulzweigstelle in Mülheim zum Beispiel ist an diesem Dienstag mächtig was los. Lasse hält seinen vorläufigen Mitgliedsausweis in den Händen. „Ich bin dabei“, sagt der 18-Jährige. Er ist in die GdP eingetreten, „weil man da immer einen Ansprechpartner hat“. Andere sind Empfehlungen gefolgt – und eingetreten. „Mein Vater ist auch in der GdP“, sagt der 20-jährige Marc, der mit Anika, Marie und Leonie gekommen ist. „Freunde haben uns die GdP empfohlen“, sagen Adriana und Robin, 21 und 20 Jahre.

Den 33-jährigen Patrick hat das im Mitgliedsbeitrag enthaltene Versicherungspaket überzeugt. Neben einer kleinen An-

wirtschaft, die eine bezahlbare Krankenversicherung im Pensionsalter sichert, enthält es u. a. eine Haftpflicht- sowie eine Regressversicherung für den Dienst. „Rund um für Dich da - das ist unser Anspruch“, sagt Matthias Imiolczyk vom GdP-Landesverband, der die Kreisgruppen bei der Mitgliederwerbung unterstützt. Zu diesem Anspruch gehören Freizeitangebote und Events. Gewerkschaft muss auch Spaß machen“.

Im Zentrum freilich steht die Interessenvertretung. Holger Hoever, der Vorsitzende der Kreisgruppe Düsseldorf, hat am Stand einen Aufsteller mit einer NRW-Landkarte der Polizeibehörden. Seit dem historischen Sieg bei der Personalratswahl im Mai ist sie komplett in GdP-Grün gefärbt. „Die Karte ist ein ganz starkes Argument für die Mitgliederwerbung“, findet Hoever. Wer gestalten will, muss zur GdP kommen. So sieht es auch Stephan Baumgarten, der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende im benachbarten Duisburg ist: „Wir sind die größte Solidargemeinschaft im Polizeibereich.“



An der Hochschule in Duisburg ist der GdP-Stand in der Cafeteria aufgebaut. Stephan Baumgarten will nicht von der Gewerkschaft „wie der Opa vom Krieg“ erzählen. Er rät den jungen Berufsstartern immer, ältere Studierende an der Hochschule nach der GdP zu fragen. Die Auskünfte sind offensichtlich überzeugend: Allein an diesem Dienstag haben fast 110 junge Kolleginnen und Kollegen ihren Aufnahmeantrag abgegeben. Ein starkes Argument ist der Rechtsschutz, der natürlich auch schon zu Studienzeiten gilt. Kommissaranwärterinnen und -anwärter nutzen ihn, wenn Klausuren verhauen wurden und der Studienabbruch droht. „Am Standort Duisburg hatten wir zuletzt in immerhin jedem zweiten Fall Erfolg und konnten einen Abbruch abwenden“, berichtet Baumgarten. ■

Räumung war rechtswidrig

Drei Jahre nach der umstrittenen Räumung des Hambacher Forstes hat das Verwaltungsgericht Köln das damalige Vorgehen der Landesregierung gegen die Waldbesetzer als rechtswidrig bewertet. Der fehlende Brandschutz sei als Begründung nur vorgeschoben gewesen.

Die GdP sieht sich durch das Urteil in ihrer Forderung bestätigt, dass politische Konflikte politisch gelöst werden müssen – und nicht auf Kosten der Polizei. Bereits

im August 2018, einen Monat vor Beginn der Räumung, hatte die GdP Innenminister Reul aufgefordert, auf den umstrittenen Großeinsatz der Polizei zu verzichten, bis politisch entschieden ist, ob der Hambacher Forst für den Braunkohleabbau überhaupt benötigt wird. Reul hatte sich über diesen Rat hingezogen. Seitdem sind mehr als eine Millionen Einsatzstunden in den Hambacher Forst geflossen. Immer wieder wurden unsere Kolleginnen und Kollegen

dabei von militanten Braunkohlelegnern angegriffen. Zum Teil wurden sie sogar mit Kot beworfen.

Trotz des neuen Urteils geht die GdP davon aus, dass die Besetzung des Waldes durch die Braunkohleegner rechtswidrig ist.

Ob das Land Revision einlegen wird, stand bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht fest. Aus Sicht der GdP wäre es allerdings sinnvoll. Dadurch würde auch für künftige, ähnlich gelagerte Fälle Rechtssicherheit geschaffen. ■



Frauengruppe will Bedingungen für Homeoffice und alternierende Telearbeit nachhaltig verbessern

Unter dem Motto „Passt?! Sonst wird's passend gemacht!“ haben sich Ende August mehr als 70 Vertreterinnen der Frauengruppen der GdP zur Landesfrauenkonferenz in Gladbeck getroffen. Dort wurde nicht nur der Landesfrauenvorstand für die nächsten vier Jahre gewählt, sondern die Delegierten haben auch zahlreiche politische Forderungen beschlossen, für die sich die GdP stark machen soll. Allen voran die Forderung nach besseren Rahmenbedingungen für Homeoffice und alternierende Telearbeit.

Wie bereits bei den vorausgegangenen Personengruppenkonferenzen der Jungen Gruppe Anfang Juli und der Seniorengruppe Mitte August fand auch das Treffen der Frauengruppe in Hybridform statt. Nur die Kandidatinnen für den neuen Landesfrauenvorstand, die Mitglieder der Antragsberatungskommission, Vertreter des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands und der Bundes-GdP sowie ein kleines Orga-Team der Geschäftsstelle waren vor Ort.

Der Großteil der Delegierten wurde dagegen digital zugeschaltet.

Dem politischen Engagement der Frauengruppe hat das keinen Schaden zugefügt. Ganz im Gegenteil: Mit der dritten in Hybridform durchgeführten Personengruppenkonferenz hat die GdP erneut unter Beweis gestellt, dass sie auch unter Corona-Bedingungen handlungsfähig ist.

In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass flexible Arbeitsmöglichkeiten, die vor-

her bei der Polizei undenkbar waren, im Berufsalltag funktionieren, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Die GdP-Frauen wollen die so entstandenen neuen Arbeitsformen nicht nur erhalten, sondern weiter ausbauen. „Vor allem Frauen können durch eine flexiblere Arbeitszeit mehr Stunden arbeiten und durch Jobsharing auch in Teilzeit Führungsaufgaben übernehmen. Auch dann, wenn sie Kinder haben“, betonte die Vorsitzende der Frauengruppe Kirsten Böhm-Salewski auf der Konferenz. „Das würde nicht nur ihre Karriere-möglichkeiten verbessern, sondern auch dem Personal-mangel in der Polizei entgegenwirken. Deshalb muss die Polizei passende, individuell abgestimmte Modelle für alle Polizei-beschäftigten implementieren – nicht nur für die weiblichen“, sagte sie.

In weiteren, von der Konferenz beschlossenen Anträgen hat sich die Frauenkonferenz für die Ausweitung der IT-Nutzung bei alternierender Telearbeit, den Ausbau von Satelliten-Arbeitsplätzen und von Jobsharing-Modellen stark gemacht. Zudem tritt die Frauengruppe für eine Änderung des Muster-raumprogramms und eine Ausweitung des Arbeitszeitrahmens in Gleitzeit (GLAZ) bzw. für mehr Variable Arbeitszeit (VAZ) ein. ■

GdP-Senioren fordern Beibehaltung des Beihilferechts

Wer bei der Polizei gearbeitet hat, bleibt ihr oft ein Leben lang verbunden. Nicht von ungefähr spielt deshalb die Seniorengruppe in der GdP eine besondere Rolle. Unter dem Motto „Seniorengruppe. Eine starke Gemeinschaft!“ haben sich Mitte August fast achtzig Vertreterinnen und Vertreter der Seniorengruppen der GdP zu ihrer Landesseniorenkonferenz getroffen. Auf der erstmals in Hybridform durchgeführten Konferenz wurde nicht nur ein neuer Seniorenvorstand gewählt, sondern auch etliche gewerkschaftspolitische Anträge beschlossen. Insbesondere zum Beihilferecht.

„Das Beihilferecht ist fester Bestandteil der hergebrachten Grundsätze des

Berufsbeamtentums. Seine Bestimmungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt, heißt es in einem einstimmig angenommenen Antrag, mit dem sich die GdP-Senioren gegen Überlegungen in der Politik zur Einführung einer Bürgerversicherung aussprechen. Auch wenn die bestehenden Beihilfeansprüche durch eine Bürgerversicherung nicht angetastet werden sollten, rechnen die GdP-Senioren mit massiven Nachteilen für die Beamten und die Versorgungsempfänger. Die Qualität der Gesundheitsversorgung für die Beamten würde sinken, die Beiträge für die Private Krankenversicherung (PKV) würden deutlich steigen, wenn durch die Bürgerversiche-

rung der Nachzug von jüngeren Beamten in die PKV ausbleibt.

Neuer Vorstand

Mehr als neun Jahre war Bernhard Heckenkemper (79), als Landesseniorenvorsitzender das bekannteste Gesicht der Senioren. Mit der Wahl von Udo Linnenbrink (64) zum neuen Landesseniorenvorsitzenden nimmt diese Aufgabe in Zukunft ein Vertreter der jüngeren Generation wahr. Manfred Swienty und Reinhold Hager wurden zudem zum neuen stellvertretenden Landesseniorenvorsitzenden bzw. zum Schriftführer gewählt. Als Beisitzer gehören dem neuen Seniorenvorstand außerdem Uwe Fischer, Klaus Büscher und Bernhard Pichler, sowie als Vertreter der Rentnerinnen und Rentner Renate Feldmann und Dieter Dorn an. ■



Pressestelle wieder komplett

Holger Dumke (47) ist seit dem 1. September als stellvertretender Pressesprecher an Bord. Der Journalist betreut schwerpunktmäßig die Social-Media-Kanäle des GdP-Landesbezirks. Er folgt Lukas Maaßen, der im Juni als Pressespre-

cher zur Stadt Grevenbroich gewechselt war. Holger Dumke hat 26 Jahre für die Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ) geschrieben und dort die NRW-Seite verantwortet. Polizei-Themen bildeten schon bei der NRZ einen Schwerpunkt seiner journa-

listischen Arbeit. Die GdP und ihre Themen sind ihm deshalb schon seit langem vertraut. Jetzt berichtet er darüber aus der Innenansicht.

Holger Dumke ist Duisburger, Vater eines erwachsenen Sohnes und Marathonläufer. Zu erreichen ist er unter 0211 29 10 134 und unter holger.dumke@gdp-nrw.de. ■

Kollegen helfen Kollegen

Wir brauchen auch weiter eure Hilfe!

Alle Hilfsangebote an kollegen-helfen@gdp-nrw.de werden sofort weitergeleitet.

Ihr könnt auch spenden:

- per Paypal an kollegen-helfen@gdp-nrw.de
- oder direkt an die **Polizeistiftung NRW**

KSK Köln, IBAN: DE19 3705 0299 000 0727 24

Stichwort: Hilfe für Polizeikollegen

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. Oktober.

Der GdP Reiseservice -
DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder
und deren Angehörige,
denn hier zahlt sich

Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!

Ob Nah- oder Fernreise, Kreuzfahrt,
Hotel oder Ferienhaus, Mietwagen
oder Wohnmobil - rufen Sie uns an.



Unsere Hotline:

0211/29101 - 60

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Oktober erhalten
einen Douglas-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 9412, Recklinghausen
45 16789, Mönchengladbach
45 11728, Mettmann

GdP aktiv

07.10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bielefeld, 16:00 Uhr, Restaurant Ent-rada, Walter-Rathenau-Straße 28, Bielefeld

12.10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 15:30 Uhr, Altes Fährhaus, Fährstraße 1, Hamm

14.10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bochum, 14:00 Uhr, Kunstmuseum, Kortumstraße 147, Bochum

Senioren aktuell

Kreisgruppe Unna

20. Oktober, 14:00 Uhr, Stadtführung mit gastronomischer Verkostung, Treffpunkt Hellwegmuseum, Burgstraße 8, Unna. Ende der Tour im Buhre Haus. Getränke zahlt jeder selbst. Anmeldungen bis zum 15.10. an bernhard.christmann@t-online.de oder Tel.: 02378 39 86

Kreisgruppe Heinsberg

07. Oktober, 15:00 Uhr, Senioren-treff, Gaststätte Dohmen, Hüllhovener Straße 92, Heinsberg, Aktuelle Themenberichte aus der Kreisgruppe, Landesseniorenkonferenz, Mitgliederversammlung sowie Weihnachtsfeier. Anmeldung an kalabahn@web.de oder Tel.: 02431 58 80

Nachrufe

Gerhard Weiß	14.09.1929	Bergisches Land	Lothar Prott	28.10.1930	Heinsberg
Manfred Plass	04.02.1922	Bielefeld	Heinrich Ehlert	18.02.1933	Hochsauerlandkreis
Christa Dewitz	18.12.1951	Bochum	Ralf Müller	06.11.1958	Köln
Dieter Klimt	21.01.1949	Bochum	Magdalene Neumann	16.02.1928	Lippe
Willi Müller	02.03.1945	Bonn	Rudolf Conze	30.05.1924	Mönchengladbach
Michael Krebs	06.02.1953	Dortmund	Jürgen Hofmann	18.11.1956	Mönchengladbach
Cäcilia Otten	31.05.1952	Düren	Günter Kellers	08.09.1962	Mönchengladbach
Klaus Bruckmann	24.03.1938	Düsseldorf	Christian Hinz	27.10.1979	Oberhausen
Margarethe Heisler	15.09.1934	Düsseldorf	Andreas Michels	28.07.1974	Paderborn
Gertrud Voessing	09.01.1920	Essen/Mülheim	Hans Klingebiel	20.12.1927	Recklinghausen
Uwe Domnik	27.04.1960	Gelsenkirchen	Gerd Schrader	21.02.1944	Recklinghausen
Stefan Oldenburg	02.04.1962	Gelsenkirchen	Willi Kraemer	09.10.1938	Rhein. Berg. Kreis
Hans Schwabe	20.09.1930	Hagen	Klaus Urban	08.09.1943	Unna
Margarete Breuer	16.05.1923	Heinsberg			

Anzeigen

Steuerberaterin

Martina Strathausen

Gebrüder-Grimm-Platz 5
47447 Moers
Tel.: 0 28 41/88 54 22
Fax: 0 28 41/88 54 23

info@steuerberater-strathausen.de
www.steuerberater-strathausen.de

JK EXPORT-IMPORT-AGENTUR
JUTTA KNORZ EK

Export-, Import-, Zollabwicklung
mit ATLAS-Anbindung
kompl. Auftrags- und Projektbearbeitung
Akkreditive • Logistik • Intrastat

Provinzialstr. 318
44388 Dortmund
Tel. 02 31 / 9 67 85 81
Fax: 02 31 / 9 67 85 82
Mobil: 0177 / 4198190
jutta_knorz@web.de
www.export-knorz.de

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68



COLDSTORE HAMM GmbH